

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**G20 in Hamburg: Transparenz schaffen, Straftaten aufklären!**

Während des G20-Gipfels im Juli 2017 in Hamburg kam es zu massiven Straftaten und Auseinandersetzungen. Polizeikräfte wurden angegriffen, Autos angezündet und Läden geplündert. Die Sicherung der öffentlichen Ordnung konnte phasenweise nicht mehr gewährleistet werden. Dabei nahmen Straftäter auch tödliche Verletzungen bei den Einsatzkräften billigend in Kauf. Die Einsatztaktik der Hamburger Polizei hat zudem viel Kritik hervorgerufen und viele Fragen aufgeworfen. Diese dürfen nicht als Begründung für die abscheuliche Gewalt dienen, müssen aber im Zuge der Auswertung des Einsatzes offen und transparent ausgewertet werden. Hierzu gehört ebenso der Vorwurf an Beamte, sie hätten im Amt Straftaten begangen.

Hingegen demonstrierten tausende Demonstranten für einen ökologischen und fairen Welthandel und gegen die Klimapolitik der führenden Staats- und Regierungschefs. Dieser Protest fand in der breiten Öffentlichkeit aufgrund der schweren Ausschreitungen in der Stadt jedoch kaum Beachtung, ebenso wie das karge Ergebnis des Gipfels, dass keine konkreten Veränderungen oder gar Verbesserungen in den entscheidenden Fragen der Globalisierung vorsieht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag)

- dankt den beim G20-Gipfel eingesetzten bremischen Einsatzkräften für ihre Arbeit und spricht ihnen Anerkennung für die Bewältigung des Einsatzgeschehens aus.
- verurteilt den Missbrauch des legitimen Protests und die Angriffe auf die Polizei und die Zerstörung staatlichen und privaten Eigentums durch militante Straftäter.
- unterstreicht, dass Gewalt in einem demokratischen Rechtsstaat niemals ein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf.
- nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass der Schutz der Bevölkerung, die Pressefreiheit und die Versammlungsfreiheit während des G20-Gipfels nur eingeschränkt gewährleistet waren, und hält auch insoweit eine kritische Aufarbeitung für erforderlich.
- dankt den friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten für ihr Engagement für eine gerechtere und sozialere Welt.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- sich für die Aufklärung aller Straftatvorwürfe und Verfolgung sämtlicher Straftaten beim Senat und der Justiz der Freien und Hansestadt Hamburg einzusetzen und diese gegebenenfalls dabei zu unterstützen.

- sich aktiv an der Auswertung der Einsatztaktik, der Lagebewertung und des Einsatzgeschehens zu beteiligen und die wesentlichen Ergebnisse dieses Prozesses in Bezug auf die genannten Punkte sowie die Ausstattung der Polizei der staatlichen Deputation für Inneres nach Abschluss zu präsentieren.
- die bei den bremischen Einsatzkräften entstandenen Überstunden finanziell oder in Form von Freizeit auszugleichen.

Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der
SPD